

## Mitteilungen und Anfragen

Name des Stadtrates

Gunter Walther (Bündnis 90/GRÜNE)



eingereicht zur Sitzung des Stadtrates am

29. 08. 2019

### Betreff: Ausrufung des Klimanotstandes in Weißenfels

Aufnahme eines TOP in den nächsten Stadtrat bzw. nach GeschO. § 2, Abs. 3 spätestens übernächsten Stadtrat mit folgenden Beschlussinhalt:

**Der Stadtrat der Stadt Weißenfels erklärt den Klimanotstandes in Weißenfels und in allen seinen Ortsteilen.**

### Ergänzung:

Bitte zur Vorbereitung des TOP 12 des Stadtrates am 26. 09. 2019 die beigefügten zusätzlichen Informationen dem Antrag im Ratsinformationssystem anfügen.

1. Liste der Orte in Deutschland, die den Klimanotstand ausgerufen haben
2. Aktueller Beschluss des Stadtrates der Landeshauptstadt Potsdam (BB)
3. Resolution des Klimanotstandes in Potsdam

### Hinweis:

1. Aus diesen Informationen wird ersichtlich, dass diese Aktion von fast allen Parteien unterstützt wird.
2. Das diese Erklärung ein wichtiges Steuerungselement für die kommunalen Verwaltungen darstellt, damit auf die sich abzeichnenden katastrophalen Entwicklungen des Weltklimas auf Ebene der Kommune entsprechend reagiert werden kann. Es soll kein Papier mit festgeschriebenen Inhalt sein, sondern sich den möglichen Entwicklungen, Anforderungen anpassen können

Gunter Walther  
Bündnis 90/GRÜNE

## **Resolution zur Erklärung des Klimanotstandes in der Landeshauptstadt Potsdam**

(beschlossene Fassung vom 14.08.2019)

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

- a) erklärt den Klimanotstand für die Landeshauptstadt Potsdam und erkennt damit an, dass die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen eine Aufgabe von höchster Priorität auch für die Kommune Potsdam ist,
- b) erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um das Pariser Klimaziel zu erreichen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen,
- c) berücksichtigt ab sofort bei jeglichen Entscheidungen deren Auswirkungen auf das Klima, sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit. Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken, werden bei Entscheidungen berücksichtigt.
- d) stellt fest, dass die klimapolitischen Zielstellungen als Masterplankommune und Partnerin im Klimabündnis nur mit einer konsequenten und schnellen Umsetzung des Masterplans und zusätzlichen Anstrengungen eingehalten werden können,
- e) orientiert sich bei zukünftigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen,
- f) fordert den Oberbürgermeister dazu auf, den Klimaschutzplan an die Pariser Klimaziele anzupassen und damit den Weg zu einer weitgehenden Klimaneutralität (0,3 t CO<sub>2</sub>-Äquivalente / Person / Jahr) zu bereiten,
- g) fordert den Oberbürgermeister auf, der Stadtverordnetenversammlung und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen Bericht zu erstatten,
- h) fordert auch die städtischen Betriebe dazu auf, die eigenen Klimaschutzziele offenzulegen und über die Umsetzung jährlich Bericht zu erstatten und
- i) fordert auch andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, dem Konstanzer Vorbild zu folgen und den Klimanotstand auszurufen. Insbesondere macht sie Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist. Die Landeshauptstadt Potsdam appelliert daher sowohl an die Bundesländer, als auch den Bund, ihre Bemühungen um einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Verstromung fossiler Energieträger zu intensivieren und die finanziellen Mittel für eine ökologisch und sozial gerechte Energiewende zur Verfügung zu stellen.

Erst ein vollständiger Abbau weiterhin bestehender Subventionen für fossile Energieträger, eine sozial gerecht ausgestaltete CO<sub>2</sub>-Bepreisung, eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik und eine klimaschutzkonforme Förderung nicht nur des sozialen Wohnungsbaus würden hier das dringend benötigte Fundament legen.

## R A T S I N F O R M A T I O N S S Y S T E M

## Vorlage - 19/SVV/0543

<b>Betreff:</b>	Potsdam erklärt den Klimanotstand		
<b>Status:</b>	öffentlich	<b>Vorlage-Art:</b>	Antrag
<b>Einreicher:</b>	Fraktionen DIE aNDERE, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE, Stadtverordneter Frehse (DIE PARTEI)		Beschlussvorschlag Sachverhalt
<b>Federführend:</b>	Fraktion DIE aNDERE	<b>Bearbeiter/-in:</b>	Boede, Lutz
<b>Beratungsfolge:</b>			<b>Anlagen:</b>
			A 19 0543 Erklärung des Klimanotstands NF 12.08.2019 RESOLUTION
			Ea Herr Menzel
			Änderungsantrag Fraktion CDU vom 14.08.19
			Ergänzungsantrag OBM vom 14.08.2019
			Ergänzungsantrag Fraktion B90/Die Grünen vom 14.08.2019
			Anlage RESOLUTION - beschlossene Fassung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam beschließt die Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands in der Landeshauptstadt Potsdam (*Anlage 1*).
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende erste Maßnahmen zur beschleunigten Erreichung der Klimaschutzziele zu prüfen und der Stadtverordnetenversammlung zu den unter den jeweiligen Punkten angegebenen Zeitpunkten zur Beschlussfassung bzw. Kenntnisnahme vorzulegen:

A) Festsetzung von Klimaschutzzielen in B-Plänen

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, wie die Festsetzung von Klimaschutzzielen in städtebaulichen und anderen Plänen erfolgen kann und welcher zusätzliche Personalbedarf dadurch in der Verwaltung bei der Umsetzung und der Vorbereitung von Satzungsbeschlüssen entsteht.

Außerdem ist zu prüfen, ob sich durch die entsprechende Festsetzung ein Zielkonflikt zum geförderten Wohnungsbau und bezahlbaren Mieten ergibt.

Das Prüfergebnis soll den Stadtverordneten bis Dezember 2019 vorgelegt werden.

B) Treibhausgasneutrale Energieversorgung von Neubauten

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, wie für Neubauten eine in der Jahresbilanz klimaneutrale Energieversorgung mit möglichst hohem Anteil lokal verfügbarer regenerativer Energien durchgesetzt werden kann (z.B. über städtebauliche Verträge, Grundstückskaufverträge und Erbbaurechtsverträge).

Darüber hinaus soll untersucht werden, welche Optimierungsmöglichkeiten bei den „grauen Emissionen“ (Emissionen durch die Erstellung und den Abriss der Gebäude) bestehen.

Außerdem ist zu prüfen, ob sich durch die klimaneutrale Energieversorgung ein Zielkonflikt zum geförderten Wohnungsbau und bezahlbaren Mieten ergibt.

Das Prüfergebnis soll den Stadtverordneten bis März 2020 vorgelegt werden.

#### C) Energiemanagement für städtische Gebäude

Der Oberbürgermeister und der Bau-Beigeordnete werden beauftragt, zusammen mit der Leitstelle Klimaschutz zu prüfen, mit welchen Kosten und mit welchen Einsparungen die Einrichtung einer Stelle zum Energiemanagement für die städtischen Gebäude verbunden ist.

Das Prüfergebnis soll den Stadtverordneten bis Dezember 2019 vorgelegt werden.

#### D) Verkehrswende in Potsdam einleiten

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit der Landesregierung aufzunehmen, um die Schaffung der rechtlichen Grundlagen für alternative Finanzierungsmodelle für den öffentlichen Nahverkehr (bspw. in Form einer kommunale Nahverkehrsabgabe), Verbesserungen in der Tarifstruktur des VBB (Ausweitung des Tarifbereichs Berlin C sowie ein 365 Euro Jahresticket) und die Erhöhung der ÖPNV-Zuschüsse an die Gemeinden zu erreichen.

Das Ergebnis soll den Stadtverordneten bis Mai 2020 vorgelegt werden.

#### E) Stärkung des Radverkehrsbeauftragten

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, eine Stelle für Mobilitätsmanagement einzurichten. Außerdem soll geprüft werden, welche Maßnahmen zur Beschleunigung der Umsetzung des Radverkehrskonzeptes bzw. der für die Förderung des Radverkehrs bedeutenden Ziele des StEK Verkehr getroffen werden können und welche personellen Ressourcen dafür nötig sind.

Das Prüfergebnis soll den Stadtverordneten bis Dezember 2019 vorgelegt werden.

#### F) Stärkung des Baum- und Grünschutzes

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, welche Personalaufstockung in welchen Bereichen der Stadtverwaltung erforderlich ist, um die Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen regelmäßig zu kontrollieren, um eingehenden Anzeigen illegaler Baumfällungen schnell nachzugehen, um Verstöße gegen bestehende Pestizideinsatzverbote zu ahnden und um die Bäume im öffentlichen Raum hinreichend zu pflegen und zu bewässern.

Das Prüfergebnis soll den Stadtverordneten bis Dezember 2019 vorgelegt werden.

Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, zu prüfen, welches Potenzial zur Minderung von Treibhausgasen durch Nachpflanzung von Bäumen und Pflege der Potsdamer Moore genutzt werden kann.

Das Prüfergebnis soll den Stadtverordneten bis Mai 2020 vorgelegt werden.

#### G) Dekarbonisierungsstrategie der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP)

Der Oberbürgermeister wird als Gesellschaftervertreter der Energie und Wasser Potsdam GmbH beauftragt, die Eckpunkte der *kommunalen Strategie 100 % Klimaschutz* im *Masterplan 100 % Klimaschutz* umzusetzen und durch die Einführung eines systematischen Managementprozesses langfristig ökologisch und ökonomisch sinnvolle Maßnahmen voranzutreiben. Dafür ist zu prüfen, ob und wie die ambitionierten Ziele des Klima- und Ressourcenschutzes (THG-Emissionen bis 2050 um 95 % zu senken und Reduzierung des Endenergiebezugs um mindestens 50 %) in der Dekarbonisierungsstrategie der EWP deutlich vor 2050 umgesetzt werden können.

Das Ergebnis soll den Stadtverordneten bis Mai 2020 vorgelegt werden.

#### H) Vermeidung von Einzelheizungen und Einzelfeuerstellen

Der Oberbürgermeister wird als Gesellschaftervertreter der Energie und Wasser Potsdam GmbH beauftragt, zu prüfen, wie durch günstigere Konditionen zum Anschluss an das bestehende Fern- und Nahwärmenetz erreicht werden kann, dass der Neubau und Betrieb von Einzelheizungen und Einzelfeuerstellen reduziert werden kann.

Das Ergebnis soll den Stadtverordneten bis Mai 2020 vorgelegt werden.

#### I) Klimaauswirkungen bei allen Beschlüssen berücksichtigen

Alle an die Stadtverordnetenversammlung oder den Hauptausschuss gerichteten Beschlussvorlagen sollen die klimapolitischen Auswirkungen der vorgeschlagenen Entscheidung berücksichtigen. Das Antragsformular soll künftig ein Feld „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ mit den Auswahlmöglichkeiten „Ja, positiv“, „Ja, negativ“ und „Nein“ sowie ein zugehöriges Begründungsfeld enthalten. Für Beschlussvorlagen der Verwaltung kann die entsprechende Prüfung bereits vor Einbringung erfolgen. Vorlagen der Fraktionen sollen unverzüglich nach deren Einreichung an die Koordinierungsstelle Klimaschutz zur Stellungnahme weitergeleitet werden. Die Stellungnahme soll vor der Befassung in den Fachausschüssen bzw. vor Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden.

#### J) Jugendbeteiligung sichern

Zu den Sitzungen des Klimarates der Stadt werden künftig 3 Vertreter\*innen der Fridays-for-Future-Bewegung (FFF) regelmäßig eingeladen. In den Ausschüssen für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes sowie für Klima, Umwelt und Mobilität soll ein/e Vertreter\*in der FFF-Bewegung als beratendes Mitglied teilnehmen können.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung, soweit dies über diesen Beschluss hinaus notwendig ist, entsprechende Beschlussvorlagen zur Änderung der Zusammensetzung der jeweiligen Gremien im November 2019 vorzulegen.

---

#### Begründung:

Potsdam ist Klimaschutz-Masterplankommune und hat das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 95 Prozent und ihren Endenergieverbrauch um 50 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Darüber hinaus hat sich die Stadt zu den Zielen des Klimabündnisses verpflichtet (Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes auf 2,5 t je EW/Jahr bis 2050). Die Erreichung dieser drei Ziele ist mit den bisher beschlossenen Maßnahmen nicht gesichert (siehe Klimaschutzbericht). Der stetige Zuwachs an Bevölkerung erschwert die Zielerreichung ebenfalls. Daher müssen zusätzliche Anstrengungen unternommen und schnell konkrete Maßnahmen ergriffen werden.

Mit der Ausrufung des Klimanotstandes kann die Maßnahme M1-2 (Klima-Check für SVV-Beschlüsse) konkreter und qualifiziert umgesetzt werden.

#### Anlagen:

- | Nr.   | Name  |
|---|---|
|  1 | A 19 0543 Erklärung des Klimanotstands NF 12.08.2019 RESOLUTION (21 KB) |
|  2 | Ea Herr Menzel (25 KB)  |
|  3 | Änderungsantrag Fraktion CDU vom 14.08.19 (24 KB)                       |
|  4 | Ergänzungsantrag OBM vom 14.08.2019 (40 KB)                             |
|  5 | Ergänzungsantrag Fraktion B90/Die Grünen vom 14.08.2019 (18 KB)         |
|  6 | Anlage RESOLUTION - beschlossene Fassung (16 KB)                        |

WIKIPEDIA

# Liste deutscher Orte und Gemeinden, die den Klimanotstand ausgerufen haben

---

Die **Liste deutscher Orte und Gemeinden, die den Klimanotstand ausgerufen haben** umfasst – in chronologischer Reihenfolge – alle deutschen Gemeinden und Städte, die den Klimanotstand ausgerufen haben.

#	Ort	Bundesland	Ausrufdatum	Antragssteller	Bemerkung	Klima-Bündnis-Mitglied <sup>[1]</sup>
1	<u>Konstanz</u>	 BW	2. Mai 2019	<u>Fridays for Future</u>	Erste deutsche Stadt; einstimmiger Gemeinderatsbeschluss. Es werden alle Entscheidungen unter einen Klimavorbehalt gestellt. <sup>[2][3]</sup> Der Beschluss umfasst u. a. die Erarbeitung von Maßnahmen zur klimaneutralen Versorgung von Neubauten, ein Mobilitätsmanagement für die Gesamtstadt, Energiemanagement für städtische Gebäude und Maßnahmen zur Erhöhung der Sanierungsrate im Stadtgebiet. <sup>[3][4]</sup>	2000
2	<u>Heidelberg</u>	 BW	10. Mai 2019	<u>Bündnis 90/Die Grünen</u>	Am 10. Mai 2019 rief der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg den Klimanotstand aus. Der Antrag der Grünen war bereits im April, also vor der Ausrufung des Notstandes in Konstanz, gestellt worden. <sup>[5]</sup>	1994
3	<u>Ludwigslust</u>	 MV	15. Mai 2019	SPD	Am 15. Mai 2019 erklärte die Stadtvertretung für Ludwigslust den Klimanotstand. Infolgedessen wollen die Stadtvertreter den Klimawandel im Rahmen ihrer Möglichkeiten eindämmen und bei jeder ihrer Entscheidung den Klimaschutz sowie dem Umwelt- und Artenschutz berücksichtigen. Außerdem sollen klimafreundliche Lösungen bevorzugt werden. <sup>[6][7][8]</sup>	-
4	<u>Kiel</u>	 SH	16. Mai 2019	SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	Am 16. Mai 2019 hat Kiel, Landeshauptstadt von Schleswig-Holstein, auf Beschluss der Ratsversammlung den Klimanotstand ausgerufen. Der Antrag dazu ging von einer Koalition aus SPD, Grünen und FDP aus. <sup>[9]</sup>	2004
5	<u>Tönisvorst</u>	 NW	16. Mai 2019	Privatperson	Am 16. Mai 2019 erklärte der Rat der Kommune Tönisvorst (Kreis Viersen) als erste Gemeinde Nordrhein-Westfalens, eine Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands zu unterstützen. <sup>[10]</sup> Der Beschluss erfolgte auf Grundlage des Antrags eines Bürgers nach §24 GO NRW (Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen). <sup>[10]</sup>	-
6	<u>Herford</u>	 NW	17. Mai 2019	Privatperson	Einen Tag später rief die Stadt Herford in der Ratssitzung am 17. Mai 2019 den Klimanotstand aus. Während die CDU und die Liste 2004 diese Entscheidung kritisierten, reichten die Grünen einen Ergänzungsantrag ein, um zu prüfen, ob die bisherigen Maßnahmen Herfords ausreichen. <sup>[11]</sup>	-

#	Ort	Bundesland	Ausrufdatum	Antragssteller	Bemerkung	Klima-Bündnis-Mitglied <sup>[1]</sup>
7	<u>Münster</u>	 NW	22. Mai 2019	Privatperson	Am 22. Mai 2019 rief mit Münster die erste Großstadt in Nordrhein-Westfalen den Klimanotstand aus. Vorangegangen war eine Petition der „Fridays for Future“-Bewegung. Die Abgeordneten von FDP und AfD stimmten gegen den Antrag, während sich die CDU enthielt. <sup>[12]</sup>	1995
8	<u>Bad Segeberg</u>	 SH	22. Mai 2019	Fridays for Future	Zusammen mit Münster wurde am 22. Mai 2019 der Klimanotstand in Bad Segeberg ausgerufen. Zuvor beklagte eine FDP-Abgeordnete, ein Fridays-for-Future-Aktivist habe gedroht, mit Schildern im Stadtrat zu erscheinen. <sup>[13]</sup>	-
9	<u>Lübeck</u>	 SH	23. Mai 2019	Privatperson	Bei der Sitzung der Bürgerschaft am 23. Mai 2019 wurde aufgrund einer Petition mit 642 Unterschriften <sup>[14]</sup> der Klimanotstand beschlossen. <sup>[15]</sup>	1993
10	<u>Telgte</u>	 NW	29. Mai 2019	Privatperson	Am 29. Mai 2019 erklärte der Stadtrat von Telgte mit den Stimmen von SPD und Grünen, gegen den Widerstand der CDU den Klimanotstand. <sup>[16]</sup>	-
11	<u>Drensteinfurt</u>	 NW	29. Mai 2019	Privatperson	Am 29. Mai 2019 rief Drensteinfurt nach einem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen den Klimanotstand aus. <sup>[17]</sup>	-
12	<u>Erlangen</u>	 BY	29. Mai 2019	Fridays for Future	Am 29. Mai 2019 rief Erlangen als erste bayerische Stadt den Klimanotstand aus. <sup>[18]</sup> Der Stadtrat stimmte einem Antrag von Fridays for Future Erlangen zu. Dieser wurde zuvor auf der Bürgerversammlung am 27.03.2019 gestellt und angenommen. <sup>[19]</sup>	1995
13	<u>Bochum</u>	 NW	6. Juni 2019	Privatpersonen	Am 6. Juni 2019 rief Bochum mit den Stimmen von Grünen, SPD, Linken und Sozialer Liste den Klimanotstand aus. <sup>[20]</sup>	1993
14	<u>Gladbeck</u>	 NW	6. Juni 2019	SPD, Bündnis 90/Die Grünen	Am 6. Juni 2019 stimmte Gladbeck einem Antrag von SPD und Grünen zur Ausrufung des Klimanotstandes zu. <sup>[21]</sup>	1995
15	<u>Marl</u>	 NW	6. Juni 2019	SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke	Auch Marl beschloss die Ausrufung des Klimanotstandes am 6. Juni 2019. Außerdem plant man Veranstaltungen zum Thema Klimaschutz. <sup>[22]</sup>	2000
16	<u>Horstmar</u>	 NW	7. Juni 2019	Privatperson	In Horstmar fand sich am 7. Juni ebenfalls eine Ratsmehrheit für den Klimanotstand, ein Ergänzungsantrag der Grünen mit konkreteren Forderungen wurde jedoch abgelehnt. <sup>[23]</sup>	-

#	Ort	Bundesland	Ausrufdatum	Antragssteller	Bemerkung	Klima-Bündnis-Mitglied <sup>[1]</sup>
17	Saarbrücken	 SL	18. Juni 2019	Bündnis 90/Die Grünen	Am 18. Juni 2019 akzeptierte der Stadtrat von Saarbrücken mit Stimmen von Grünen, SPD, CDU, Linken, FDP und LKR den Antrag der Grünen-Fraktion. <sup>[24]</sup> und rief den Klimanotstand aus. AfD und Freie Wähler stimmten gegen den Antrag. <sup>[25]</sup>	2010
18	Herne	 NW	18. Juni 2019	CDU, SPD	Wie Saarbrücken verkündete Herne am 18. Juni den Klimanotstand. Einzige die AfD stimmte gegen den Antrag, während er den Grünen und der Linken nicht weit genug ging. <sup>[26]</sup>	2010
19	Neumünster	 SH	18. Juni 2019	Bündnis 90/Die Grünen	Ebenfalls am 18. Juni rief Neumünster den Klimanotstand aus. Dem Antrag stimmten SPD, CDU, Grüne, Linke, BfB und LKR zu. <sup>[27]</sup>	Nein
20	Aachen	 NW	19. Juni 2019	Lokale Initiativen	Am 19. Juni 2019 beschloss die Stadt Aachen nach einem Ratsantrag den Klimanotstand. Einzige Markus Mohr (AfD) und Wolfgang Palm (parteilos) stimmten gegen den Antrag. Zuvor gab es vor dem Rathaus eine Demonstration von Extinction Rebellion und Greenpeace. <sup>[28]</sup> <sup>[29]</sup> Bevor es zu dem mit großer Mehrheit gefassten Beschluss kam, hatte die Ratskoalition von CDU und SPD einen Beschlussvorschlag gemacht, mit dem Klimaschutz zwar thematisiert wurde, mit dem aber ausdrücklich kein Klimanotstand erklärt werden sollte <sup>[30]</sup> . Nach Intervention der Fraktionen Grüne, Linke und Piraten sowie der lokalen Initiativen wurde dann der Antrag der Initiativen übernommen.	1991
21	Greifswald	 MV	25. Juni 2019	SPD, GRÜNE, DIE LINKE, Tierschutzpartei	Die Antragsteller stimmten für die Resolution. Die restlichen Parteien stimmten gegen die Resolution. Das Maßnahmenpaket für eine klimafreundliche Verkehrs- und Energiepolitik wurde mehrheitlich in die Ausschüsse verwiesen (nur SPD und Tierschutzpartei stimmten für das Maßnahmenpaket). <sup>[31]</sup>	-
22	Brachtal	 HE	25. Juni 2019	Freie Wähler	Am 25. Juni 2019 stimmte die Brachtaler Gemeindevertretung dem Antrag der Freien Wähler zu, nach dem Brachtal den Klimanotstand ausrufen und zusätzlich eine Arbeitsgruppe für Energie-, Verkehr- und Nachhaltigkeitsthemen gründet. <sup>[32]</sup>	-
23	Kleve, Stadt	 NW	26. Juni 2019	Fridays for Future	Der Kreis Kleve hat im Gegensatz zur Stadt Kleve einen Antrag zur Ausrufung des Klimanotstands	-

#	Ort	Bundesland	Ausrufdatum	Antragssteller	Bemerkung	Klima-Bündnis-Mitglied <sup>[1]</sup>
					abgelehnt. <sup>[33]</sup>	
24	<u>Rüsselsheim am Main</u>	 HE	27. Juni 2019	Bündnis 90/Die Grünen	Am 27. Juni 2019 beschloss die Stadtverordnetenversammlung den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Ausrufung des Klimanotstandes, womit die Stadt die „Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität“ ansieht. Die Grünen reichten den Antrag an die Stadtverordnetenversammlung ein, nachdem bei der ersten Fridays for Future-Kundgebung in Rüsselsheim die Ausrufung des Klimanotstandes gefordert wurde. <sup>[34]</sup>	1992
25	<u>Wiesbaden</u>	 HE	27. Juni 2019	SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, Piraten	Am 27. Juni 2019 beschloss Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden nach kontroverser Debatte mit den Stimmen von SPD, Grünen und der Linken einen Antrag zum Klimanotstand. Zuvor gab es vor dem Rathaus eine Demonstration von Fridays for Future, Parents for Future und anderen Klimaschutzaktivisten. <sup>[35]</sup>	1995
26	<u>Fehmarn</u>	 SH	27. Juni 2019	Bündnis 90/Die Grünen	Am 27. Juni 2019 beschloss die Stadtverordnetenversammlung von Fehmarn (eine Insel in der Ostsee), den Klimanotstand auszurufen und ein Konzept zu entwickeln, dass es ermöglicht, dass Fehmarn bis 2030 CO <sub>2</sub> -neutral ist. Der Antrag dazu wurde von der Fraktion der Grünen gestellt und die Gruppe von Fridays for Future Fehmarn hat sich dem Antrag auf der Stadtverordnetensitzung offiziell angeschlossen. <sup>[36]</sup>	2002
27	<u>Marburg</u>	 HE	28. Juni 2019	Bündnis 90/Die Grünen	Nachdem ein Antrag der Grünen, den Klimanotstand auszurufen, im Mai zunächst am Widerstand von SPD, CDU, FDP und BfM gescheitert war, stimmten Ende Juni abgesehen von der FDP alle Fraktionen dem erneuten Antrag zu. Man einigte sich außerdem darauf, bis 2030 CO <sub>2</sub> -neutral werden zu wollen. <sup>[37]</sup>	2003
28	<u>Leverkusen</u>	 NW	1. Juli 2019	Fridays for Future	Am 1. Juli 2019 rief der Leverkusener Stadtrat den Klimanotstand aus. Der Rat folgte mehrheitlich einem Bürgerantrag der Fridays for Future-Bewegung. <sup>[38]</sup>	1995
29	<u>Lippstadt</u> <sup>[39]</sup>	 NW	3. Juli 2019	Lippstadt for Future (?)		-
30	<u>Düsseldorf</u> <sup>[40]</sup>	 NW	4. Juli 2019	Jugendrat		2008

#	Ort	Bundesland	Ausrufdatum	Antragssteller	Bemerkung	Klima-Bündnis-Mitglied <sup>[1]</sup>
31	<u>Bonn</u>	 NW	4. Juli 2019	Fridays for Future, Parents for Future, Klimawache Bonn	Am 4. Juli 2019 rief die Stadt Bonn auf Antrag der Initiativen Fridays for Future, Klimawache Bonn und Parents for Future den Klimanotstand aus. <sup>[41]</sup>	1995
32	<u>Düren, Kreis<sup>[42]</sup></u>	 NW	4. Juli 2019	Fridays for Future		-
33	<u>Hennef<sup>[43]</sup></u>	 NW	7. Juli 2019	Attac Rhein-Sieg und Naturschutzorganisationen aus der Region		-
34	<u>Warstein<sup>[44]</sup></u>	 NW	8. Juli 2019	Bürgerantrag		-
35	<u>Köln</u>	 NW	9. Juli 2019	Bürgerantrag <sup>[45]</sup>	Mit einer großen Mehrheit wurde am 9. Juli 2019 der Klimanotstand ausgerufen. <sup>[46]</sup>	1993
36	<u>Kamen</u>	 NW	9. Juli 2019		Die Stadt Kamen verpflichtet sich stärker gegen den Klimawandel zu stellen. <sup>[47]</sup>	-
37	<u>Voerde (Niederrhein)</u>	 NW	9. Juli 2019	Bündnis 90/Die Grünen	Stadt Voerde ruft nach Debatte im Rat „Klimanotstand“ aus <sup>[48]</sup>	-
38	<u>Herzogenrath</u>	 NW	9. Juli 2019	Privatperson	Der Stadtrat von Herzogenrath beschloss einstimmig den Klimanotstand auszurufen, nachdem Schülerin Antrag stellte. <sup>[49]</sup>	2000
39	<u>Neukirchen-Vluyn</u>	 NW	10. Juli 2019	Bündnis 90/Die Grünen und SPD	Auf Antrag der Fraktionen Bündnis 90/die Grünen und SPD, hat der Rat der Stadt Neukirchen-Vluyn, trotz Gegenstimmen der FDP und CDU-Fraktionen sowie Enthaltung des Bürgermeisters, den Klimanotstand erklärt. <sup>[50]</sup>	-
40	<u>Bühl</u>	 BW	10. Juli 2019	Freie Wähler	Der Bühler Gemeinderat beschloss bei seiner Sitzung am 10. Juli 2019, den Klimanotstand auszurufen. Das Gremium stimmte dem Antrag der Freien Wähler mit großer Mehrheit zu.	1995
41	<u>Gelsenkirchen</u>	 NW	11. Juli 2019	SPD und CDU	Auf Antrag der Ratsfraktionen von SPD und CDU (Antrag vom 10. Juli 2019) hat der Rat der Stadt den Klimanotstand erklärt (Drucksache 14-20/7533). <sup>[51]</sup>	2008
42	<u>Bielefeld</u>	 NW	11. Juli 2019	FridaysForFuture, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Bürgernähe/Piraten, Die LINKE <sup>[52]</sup>		1995
43	<u>Karlsruhe</u>	 BW	16. Juli 2019	Bündnis 90/Die Grünen, SPD	Zustimmung gab es von der Kult-Fraktion, der SPD, den Grünen und den Linken. CDU, FDP, AfD und Oberbürgermeister Frank Mentrup (SPD) votierten mit Nein. <sup>[53]</sup>	2011
44	<u>Radolfzell</u>	 BW	23. Juli 2019	Fridays for Future	Beschluss der Forderungen von FridaysForFuture-Aktiven unter dem Namen "Klimakrise Radolfzell aktiv", de facto trotzdem Klimanotstand <sup>[54]</sup>	1992
45	<u>Wörthsee</u>	 BY	25. Juli 2019	Bündnis 90/Die Grünen <sup>[55]</sup>		

#	Ort	Bundesland	Ausrufdatum	Antragssteller	Bemerkung	Klima-Bündnis-Mitglied <sup>[1]</sup>
46	Zorneding	 BY	28. Juli 2019	SPD <sup>[56]</sup>		
47	Poing	 BY	28. Juli 2019	SPD <sup>[57]</sup>		
48	Landau	 RP	13. August 2019	Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP <sup>[58]</sup>	Erste Stadt in Rheinland-Pfalz, die den Klimanotstand ausrief <sup>[58]</sup>	-
49	Potsdam	 BB	14. August 2019	Bündnis 90/Die Grünen, Die Andere, SPD, Die LINKE <sup>[59]</sup>	Erste Stadt in Brandenburg, die den Klimanotstand ausrief. <sup>[59]</sup>	1995
50	Speyer	 RP	22. August 2019	Die LINKE <sup>[60]</sup>		2015
51	Trier	 RP	29. August 2019	Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die LINKE <sup>[61]</sup>		1994
52	Jena	 TH	04. September 2019	Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die LINKE <sup>[62]</sup>	Erste Stadt in Thüringen, die den Klimanotstand ausrief. <sup>[63]</sup>	
53	Stolberg (Rhld.)	 NW	10. September 2019	CDU, SPD, Linke, Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE <sup>[64]</sup>	Der Stadtrat beschloss mit einer Gegenstimme den Klimanotstand auszurufen.	
54	Wolfratshausen	 BY	17. September 2019	CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen <sup>[65]</sup>	Der Grundsatzbeschluss wurde mit 13 zu sieben Stimmen gefasst. Dagegen votierten alle anwesenden BVW-Mitglieder sowie Richard Kugler und Manfred Fleischer von der CSU-Fraktion. Vier BVW-Stadträte fehlten in der Sitzung, Gerlinde Berchtold (SPD) nahm an der Abstimmung nicht teil.	

In den Städten Wülfrath, Aldenhoven<sup>[42]</sup>, Krefeld<sup>[66]</sup>, Kempen<sup>[67]</sup> und Siegburg<sup>[68]</sup> sowie im Kreis Soest<sup>[69]</sup> (unabhängig der Städte des Kreises) wurde ein entsprechender Antrag zum Ausruf des Klimanotstands abgelehnt.

Seit 3. Mai 2019 läuft auf Change.org eine von Extinction-Rebellion-Aktivisten initiierte Unterschriften-Kampagne, mit der die Abgeordneten des deutschen Bundestags sowie die Bundesregierung aufgefordert werden sollen, den Klimanotstand auszurufen. Die Anzahl der Zeichnungen dieser Petition überschritt am Abend des 10. Mai die 50.000er-Marke.<sup>[70]</sup> Die Bundestagsfraktion Die Linke hat mit Beschluss vom 14. Mai 2019 auf Initiative ihres Energie- und Klimapolitischen Sprechers Lorenz Gösta Beutin einen Antrag in den Bundestag zur namentlichen Sofortabstimmung im Parlament eingebracht, in dem sie die „Anerkennung des Klimanotstandes“ fordert.<sup>[71]</sup> Klimaschutz sei „bei politischen Entscheidungen prioritär zu behandeln“, um die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen müsse zudem als Sofortmaßnahme ein entsprechendes Klimaschutzgesetz verabschiedet werden.<sup>[72]</sup> In der Namentlichen Abstimmung stimmten außer den Fraktionen der Grünen und der Linken, die geschlossen für den Antrag votierten, auch einzelne Abgeordnete der FDP und der fraktionslose Abgeordnete Marco Bülow dem Antrag zu. Die Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD stimmten geschlossen dagegen.<sup>[73]</sup>

## Einzelnachweise

- Mitglieder des Klimabündnis: *Kommunen*. (<http://www.klimabuendnis.org/kommunen/das-netzwerk.html>) Abgerufen am 10. Mai 2019.
- Abrufbar auf Amtsblatt der Stadt Konstanz vom 15. Mai 2019, Seite 6: Stadt Konstanz ruft Klimanotstand ([https://www.konstanz.de/site/Konstanz/get/documents\\_E888741522/konstanz/Dateien/Service/Amtsblatt/2019/Amtsblatt%20Ausgabe%2010%20vom%2015.%20Mai%202019.pdf](https://www.konstanz.de/site/Konstanz/get/documents_E888741522/konstanz/Dateien/Service/Amtsblatt/2019/Amtsblatt%20Ausgabe%2010%20vom%2015.%20Mai%202019.pdf)) auf konstanz.de
- Klimaschutz: Konstanz ruft den Klimanotstand aus*. (<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/klimaschutz-klimanotstand-konstanz-beschluss>) In: *Zeit online*. 2. Mai 2019, abgerufen am 10. Mai 2019.
- Stadt Konstanz ruft Klimanotstand aus - Stadt Konstanz*. (<https://www.konstanz.de/start/service/stadt+konstanz+ruff+klimanotstand+aus.html>) Abgerufen am 10. Mai 2019.
- Holger Buchwald: *Oberbürgermeister Würzner ruft den Klimanotstand aus*. ([https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg\\_artikel,-heidelberg-oberbuergemeister-wuerzner-ruft-den-klimanotstand-aus-\\_arid,439403.html](https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg_artikel,-heidelberg-oberbuergemeister-wuerzner-ruft-den-klimanotstand-aus-_arid,439403.html)) In: *Rhein-Neckar-Zeitung*. 11. Mai 2019, abgerufen am 20. Mai 2019.
- Antrag der SPD-Fraktion - Eindämmung der Klimakrise, Aufgabe von höchster Priorität (<https://www.ludwigslust.sitzung-online.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=3040>), abgerufen am 17. Mai 2019.
- Stadt Ludwigslust: *Ludwigslust erklärt Klimanotstand* (<https://www.ludwigslust.de/stadt-lulu/klimaschutz/>), abgerufen am 17. Mai 2019.